

# Neueste Nachrichten

**Dresden-Druck:**  
Die einjährige Preisliste 20 Pfg.  
Im Reclametheil 50 Pfg.  
Haupt-Verkaufsstelle: Villnigergasse 49.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 3997.

**Gelesenste und verbreitetste Tageszeitung der kgl. Haupt- und Residenzstadt Dresden und der Vororte.**  
**Unparteiliche, unabhängige Zeitung für Jedermann.**

**Spargel-Druck:**  
Durch die Post vierteljährlich Mk. 1,50,  
mit „Dresdner fliegende Blätter“ Mk. 1,90.  
für Dresden und Vororte monatlich 50 Pfg.  
mit Wochblatt 60 Pfg.  
für Osterr.-Ung. vierteljährlich fl. 1,80 resp. 2,10  
Deutsche Preisliste: Nr. 4913. Oeffentl. 2889

**Grösstes Schuhwaaren-Haus von Moritz Sommer,**  
Dresden-Altt., Wilsdruffer Strasse 5 (neben der Löwen-Apotheke).  
**Eigene Fabrikation (Handarbeit). Bestellungen nach Maass ohne Preiserhöhung.**  
Parterre bis IV. Etage. 12392 Parterre bis IV. Etage.

Die heutige Nummer enthält 14 Seiten.

**Nur 50 Pfg.**  
(bei wöchentlich 7 maligem Erscheinen)

Kosten die „Neuesten Nachrichten“ im Post-Abonnement bei allen Postanstalten für den Monat Juni, mit Wochblatt „Dresdner fliegende Blätter“ **64 Pfg.**  
für Dresden und Vororte monatlich **50 Pfg.**  
mit dem Wochblatt 60 Pfg.

### Die Arbeiter-Wohnungsfrage.

e. Es ist ein wahres Glück für die Volkswohlfahrt, daß sich seit einiger Zeit die Aufmerksamkeit socialpolitischer Kreise in hervor-  
ragendem Maße der Wohnungsfrage zuwendet. Alle Bestrebungen zur Hebung der Volksgesundheit und der öffentlichen  
Sittlichkeit werden nur unvollständige Erfolge haben, solange  
die Wohnungsfrage nicht gelöst ist; denn das moderne Wohnungs-  
elend bildet einen Herd, von dem der sociale Körper unaus-  
gesiebt mit den gefährlichsten Krankheitsstoffen gespeist wird. Ein  
großer Theil unserer Mitmenschen wird durch das Wohnungs-  
elend körperlich, geistig und moralisch zu Grunde gerichtet. Es  
ist für die Gestaltung der Wohnungsverhältnisse verhängnisvoll  
geworden, daß man in Deutschland sociale Uebelstände wohl früh-  
zeitig erkannt hat, dieser Erkenntnis aber nicht die Kraft inne-  
wachte, rechtzeitig vorbedingende Maßregeln anzulegen und  
durchzuführen. — Obgleich es schon seit Jahrzehnten bei den deutschen  
Fabrikanten immer mehr Sitte geworden ist, wenigstens für ihre  
Arbeiter die Wohnungsfrage zu mildern, obgleich unter Verweisung  
auf die öffentliche Wohnungsnoth zahlreiche Genossenschaften  
zur Beschaffung billiger und gesunder Wohnungen entstanden sind,  
obgleich die Klagen über Boden- und Mietzwang in den  
Städten immer lauter und zahlreicher wurden, so blieben doch  
alle diese Erscheinungen und Maßnahmen sowohl auf die städtischen  
wie auf die staatlichen Behörden ohne nennenswerthe Wirkung.  
Erst seit kurzer Zeit ist in einzelnen deutschen Städten ein gesundes,  
socialpolitisches Gefühl kräftig zum Durchbruch gekommen. Man  
fähngt an, eine etwas weiterblickende Wohnungs- und Boden-  
politik zu treiben und den oft sehr umfangreichen städtischen  
Gesundheitsbezirken, im Stadterweiterungsgebiet neuen zu er-  
werben und ihn planvoll zur Lösung der drückenden Wohnungs-  
frage zu verwenden. Einige größere rheinische Städte haben be-  
sondere sociale Ausschüsse zur Milderung der Wohnungsnoth und  
anderer socialer Gefahren errichtet. Auch kleinere Städte, wie  
Bismarckhagen im Kreise Lemgo, haben in langer Weise Vor-  
sorge getroffen, durch Ankauf von Bauareal und Grundstücken  
Bauhellen zu niedrigen Preisen an Bürger zu überlassen. Auch  
schweizerische Städte suchen gründliche Reformen im Wohnungs-  
wesen durchzuführen. So hat die Stadt Bern unter Bedingungen,  
die ein billiges und gesundes Wohnen ermöglichen, aus ihrem  
Besitz Bauland veräußert. Doch ist sie hier nicht stehen ge-  
blieben. Sie ist auch selbst als Bauunternehmerin aufgetreten  
und hat zahlreiche gesunde Wohnungen gebaut und zwar in  
voller Anerkennung des Grundgesetzes, daß der Gemeinde die  
socialpolitische Aufgabe zufällt, auch in weiterem Umfange für die  
Verbesserung des Wohnens der unbemittelten Bevölkerungsklassen  
einzutreten.

Neben den Gemeindebehörden suchen auch die Staatsbehörden  
in neuerer Zeit mit allen Kräften dem Wohnungselend entgegen-  
zuwirken. In Sachsen sind der Verwaltung der Staatswesen-  
schaften erhebliche Mittel zum Bau von Arbeiterwohnungen für  
die Arbeiter an den Staatsbahnen zur Verfügung gestellt. Gegen-  
wärtig verlangt die preussische Regierung von dem Abgeordneten-  
haus 5 Millionen Mark, um für die in staatlichen Betrieben be-  
schäftigten Arbeiter und unteren Beamten angemessene Wohnungen  
zu bauen. Wenn hier auch für die Lösung der Wohnungsfrage  
engere Grenzen gesteckt sind, als es seitens gewisser Verwaltungskreise  
stellen der deutschen Städte- und Invaliditätsversicherung geschieht,  
ist, die bekanntlich Gelder zu billigen Zinsfuß zum Bau von  
Wohnungen, Genossenschaften u. verfügbar stellen, so ist doch  
auch durch das Vorgehen der preussischen Regierung wiederum ein  
überzeugendes Beispiel dafür gegeben, daß auf dem Gebiet der  
Wohnungsfrage in größerem Umfange socialpolitisch gehandelt  
werden soll. Während aber die Gemeinde- und Staatsbehörden  
mit Recht dafür sorgen, daß die in ihren Betrieben beschäftigten  
Arbeiter menschenwürdig wohnen, sollten sie auch nicht  
vergessen, daß von wechselnden Conjunctionen abhängige freie  
Arbeiter in allen Orten noch weit mehr als Beamte und staat-  
liche Arbeiter mit festem Einkommen unter dem Wohnungselend  
leben. Diesen freien Arbeitern müssen gemeinnützige Gesellschaften  
und Bau-genossenschaften zu besseren Wohnungen zu verhelfen  
suchen. Gemeinde und Staat können vielleicht am wirksamsten  
helfen, wenn sie den Baugesellschaften Erleichterungen aller Art  
zu Theil werden lassen. Es kann dies z. B. durch Ueberlassung  
von städtischem oder staatlichem Bauareal, durch Anlegung von  
communalen und staatlichen Straßen, Wegen, Eisenbahnhaltestellen,  
durch zweckmäßige Bauordnungen für kleinere Häuser und auf  
anderem Wege geschehen. Bisher ist man den Baugesellschaften  
durch die Gemeinde und den Staat nur wenig entgegengekommen.  
Wenn dies in Zukunft mehr geschieht, so werden die Genossen-  
schaften auch zur Lösung der Wohnungsfrage ebenso erheblich  
beitragen, wie sie auf anderen Gebieten unseres öffentlichen Lebens  
häufig eingegriffen haben.

### Deutschland.

Der Kaiser hielt am Donnerstag die Frühlingsparade über  
das Gardecorps auf dem Tempelhofer Felde ab. Danach fand im  
Weißen Saale des königlichen Schlosses Paradafest statt, nach welcher  
der Kaiser nach dem Neuen Palais zurückkehrte.

Gegen den „König“ Stumm ist nunmehr wegen Veran-  
lassung des Professor Wagner zum Ausbruch mit tödtlichen Waffen  
das Strafverfahren eingeleitet worden. Der Fortgang des Verfahrens  
hängt von dem Gesundheitszustand des Herrn v. Stumm ab, der be-  
kanntlich seit längerer Zeit, eines erheblichen Leidens wegen im Bode  
wollt, da bis dahin eine persönliche Vernehmung sehr erschwert ist.

Auf der Fahrt nach Kiel befindet sich bereits das öster-  
reichisch-ungarische, das italienische, das amerikanische, das rumänische  
Geschwader und das portugiesische Panzerschiff „Bacca de Gama“. Die  
übrigen Nationen folgen in der ersten Hälfte des Juni. Die dänische  
Königsmarine wird durch den Prinzen Waldemar bei den steter  
Festen vertreten sein.

Russische Spione? Der „Kujawische Bote“ meldet aus  
Woglino, daß dort zwei russische Officiere in Civil unter dem  
Verdacht der Spionage verhaftet worden seien.

Der „Pariser Gaulois“ bringt Interviews seines  
Berliner Correspondenten mit dem conservativen Abgeordneten  
Grafen Kanitz und dem Centrumsführer Dr. Lieber über die  
Gesichte, die die Irtelnahme der französischen Flotte an den Kieler  
Festungen in Deutschland hervorruft. Graf Kanitz, der als der Ver-  
traute (?) des Kaisers hingestellt wird, äußert sich kühl, betont nur  
den friedlichen Charakter der Feste und weist im Uebrigen darauf  
hin, daß das deutsche Volk von Natur und Neigung Meeres im  
Waffenhandwerk sei, was sich seine Nachbarn gesagt sein lassen  
sollen. Lieber nennt sich selbst den Romaniker (?) auf Windhorst's Ehren-  
erhöht infolge der Kieler Feste und des ostasiatischen deutsch-  
russischen Gelegenheitsbündnisses eine bevorstehende Weiter-  
verbreitung beider Völker.

Vorfälle. Die „Berl. Correspond.“ veröffentlicht den Ent-  
wurf eines Vorfalles, der in seinem ersten Theile allgemeine Be-  
stimmungen über die Börse und deren Organe trifft. Danach bedarf  
die Errichtung einer Börse der Genehmigung der Landesregierung,  
die auch eine entscheidende Einwirkung auf das Wesen der Börse,  
wie auch die Aufsicht und Regelung des Börsenbetriebes zusetzt. Bei  
jeder Börse ist als Organ der Landesregierung ein Staatscom-  
missar zu bestellen. Mit Zustimmung des Bundesraths kann für  
einzelne Börsen auch die Thätigkeit des Staatscommissars auf die  
Mitwirkung bei ehrenrechtlichen Verfahren eingeschränkt oder bei  
kleinen Börsen von der Bestellung eines Staatscommissars gänzlich  
abgesehen werden. Als begutachtendes Sachverständigen-Organ zur  
Unterstützung des Bundesraths ist ein Börsenausschuß zu bilden;  
seine Mitglieder — mindestens 30 — werden vom Bundesrath zu  
zwei Dritteln auf Vorschlag der Organe der deutschen Börsen in der  
Wege auf je drei Jahre gewählt. Für jede Börse ist eine Börsen-  
ordnung zu erlassen, die der Genehmigung der Landesregierung  
unterliegt.

Es geht auch ohne Umfurgeseh. Mit Bezug auf § 130  
des Strafgesetzbuchs, welcher lautet:

„Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise ver-  
schleudert Klagen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen  
einander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mk.  
oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft.“

hat das Reichsgericht durch Urtheil vom 7. Januar d. J. ausgesprochen,  
daß regelmäßig die Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen  
zu Gewaltthätigkeiten stets auch eine Gefährdung des öffent-  
lichen Friedens in sich schließt, und daß eine Anreizung zu Ge-  
waltthätigkeiten schon dann vorliegt, wenn sie eine zu Gewaltthätig-  
keiten geneigte Stimmung hervorruft oder verstärkt, die,  
unbestimmt wann und auf welchen Anlaß hin, früher  
oder später den öffentlichen Frieden unter den Be-  
völkerungsklassen erschüttern kann.“

Der Bundesrath erteilte in seiner gestrigen Sitzung dem  
Antrage der Ausschüsse zu Eingaben betreffend die Abänderung  
des Zuckersteuergesetzes vom 31. Mai 1891 die Zustimmung,  
ebenso mit einigen Abänderungen dem Antrag der Ausschüsse zu dem  
Entwurf eines Gesetzes betreffend die Pflichten der Kauf-  
leute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere. Ferner  
wurde dem Antrag der Ausschüsse betreffend den Entwurf eines  
Vorfalles und dem Bericht der Ausschüsse über den Ent-  
wurf eines Abgabendtarifs für den Nordsee-Canal die Zustimmung  
erteilt.

Eine lange Grenzverletzung hat sich nach dem „Dem.  
Dampf.“ vorige Woche wieder an der russischen Grenze ereignet.  
Am Montag überschritten mehrere dem bei Göblig belegenen Gordo  
angehörige unbewaffnete Kosaken bei der Verfolgung eines Aus-  
wanderertrupps die Grenze und gaben erst die Verfolgung auf, als  
sie sich bereits 2000 Meter im preussischen Gebiete befanden. Am  
anderen Tage jagten zwei bewaffnete Kosaken desselben Gordo ge-  
weisse hinter mehreren Auswanderern her, als sie bereits die Grenze  
gewonnen hatten. Bei einem etwa 2000 Meter von der Grenze ent-  
fernten Orte gelang es den beiden Soldaten, zwei der Auswanderer  
einzufangen und dingfest zu machen. Darauf nahmen die beiden an-  
getrunkenen Kosaken bei mehreren Bauern Hausdurchsuchungen vor, in der  
Meinung, daß dieselben mehrere Auswanderer versteckt hätten. Leider  
besah sich der in Klaffen nationirte preussische Fußgendarm während  
dieser Zeit auf einem Patrouillengang nach einem andern Grenzorte,  
so daß er die befragten und auch mißhandelten Bauern vor der  
rothen Wölfling der beiden Soldaten nicht zu schützen vermochte.  
Seitens des Landrathsamtes zu Johannsdorf sind bereits Verhand-  
lungen mit der russischen Militärbehörde eingeleitet worden.

Zur Handwerkerfrage. Ueber die Pläne der Regierung  
in der Handwerkerfrage wird jetzt angeflüstert, daß die Handwerker  
in Zwangsgenossenschaften zusammengeführt werden sollen. Da  
aber eine einheitliche Durchführung dieses Planes bei verschiedenen  
Bundesstaaten auf Schwierigkeiten stoßen wird, soll die Organisation  
des Handwerkersandes auf ihrer untersten Stufe den einzelstaatlichen  
Regierungen überlassen werden.

Folgende geradezu unglaublich klingende Geschichte  
wird aus Bunzlau, Schles., berichtet: Der frühere Gutbesitzer  
Louis Müller, der kürzlich sein im Hohnauer Kreise gelegenes Gut  
Kienau an den Hauptmann von Siegroth verkauft und dessen Villa  
in Bunzlau in Zahlung genommen hat, schlug dort seinen Wohnsitz  
auf und lebt seitdem in Bunzlau als Rentner. Dem Bürgermeister  
Dr. Schürmer war zwar der gute Steuerzahler recht willkommen,  
weniger jedoch gefiel ihm der Umstand, daß der neue Bürger bei

seinem jugendlichen Alter schon die beneidenswerthe Rolle eines  
Rentiers spielen konnte. Nun fügte es sich, daß Müller in einen  
Proceß verwickelt wurde, in dessen Verlauf das Gericht ein Zeugnis-  
zeugniß über ihn von der Bunzlauer Polizeiverwaltung einforderte.  
Diese Gelegenheit benutzte der Bürgermeister, um seinem Unbehagen  
über den jugendlichen Rentner in folgendem Urtheil einen brachischen  
Ausdruck zu geben: „Müller ist ein junger Mann von  
kräftigem Körperbau und robuster Gesundheit. Er  
spielt in einem Lebensalter, in welchem Andere arbeiten,  
den Rentier. Bei seinem Wandel wäre die Bezeichnung  
„Tageelieb“ richtiger für ihn. Die Polizeiverwaltung  
Dr. Schürmer.“ Dieses sogenannte Zeugnis kam nun im  
Verlaufe des erwahnten Proceßes zur Kenntniß des Anwalts des  
Herrn Müller und wird für den Bürgermeister, der inzwischen in  
gleicher Eigenschaft nach Wittenberg verlegt worden ist, jedenfalls ein  
wenig angenehmes gerichtliches Nachspiel haben.

Eine blutige Revolverraube zwischen Militär und  
Civil ereignete in Küstrin begriffliches Aufsehen. Drei Unterofficiere der  
1. Compagnie des dort garnisonirenden Infanterie-Regiments (von  
Stämpnagel) Nr. 45 geriethen mit Civilpersonen auf dem Pferdemarkt  
in Streit, der bald zu Thätlichkeiten ausartete. Hierbei schoß einer  
der Civilisten mit einem Revolver, wobei ein Unterofficier von einer  
Kugel in die Brust getroffen wurde, während einen Kameraden des-  
selben das Gesicht in das Kinn traf, in den Hals einbrach und die  
Luftröhre verletzete. Der dritte Unterofficier zog nun sein Seiten-  
gewehr und brachte dem Revolverhelden mehrere schwere Verletzungen  
an Kopf bei. Die verletzten Soldaten wurden nach dem Lazareth  
gebracht, woselbst die Wunde des in das Kinn Getroffenen als lebens-  
gefährlich erkannt wurde; der Civilist befindet sich in seiner Wohnung  
in ärztlicher Behandlung. Ueber die Ursache der Schlägerei ist bis  
jezt Nichts an die Oeffentlichkeit gelangt; die sofort eingeleitete Unter-  
suchung wird dadurch erschwert, daß die verletzten Hauptbeteiligten  
noch nicht vernehmungsfähig sind.

### Ausland.

**Oesterreich-Ungarn.** Wien, 30. Mai. (Die Auflösung des  
Wiener Gemeinderaths.) Der Erste Bürgermeister Dr. Ueuger  
hat bekanntlich die auf ihn gefallene Wahl als erster Bürgermeister  
der Stadt Wien abgelehnt, obwohl er im ersten Wahlgange die er-  
forderliche Zahl von 70 Stimmen auf sich vereinigt hatte. Im vierten  
Wahlgange erhielt dann Dr. Ueuger nur 65 Stimmen. Seine Wahl  
war also, wie hieraus hervorgeht, nur dadurch zu Stande gekommen,  
daß 5 Wähler beim Liberalen in's antimilitärische Lager abgewandert  
waren. Diese wenig verlässliche Majorität im Gemeinderath schien  
Dr. Ueuger nicht die Gewähr zu bieten, das Stadtrathsgewalt auf die  
Dauer mit Erfolg zu führen. Er lehnte also ab, um dadurch eine  
Auflösung des Gemeinderaths herbeizuführen und bei den Neuwahlen  
eine größere Majorität zu gewinnen.

Nach der resultatlos verlaufenen Wahl ereigneten sich, wie bereits  
brachisch mitgetheilt, tumultuöse Straßenscenen. Die vor dem Rath-  
hauses angeammelte Menge beging grobe Ausschreitungen und brach  
in die Ruhe aus: „Nieder mit den Juden, nieder mit den Juden-  
fuchsen!“ Die liberalen Gemeinderäthe wurden geschimpft und ge-  
stoßen, am schlimmsten erging es dem Abgeordneten Kofke, der vom  
Rathhauses bis zum Parlament von einer johlenden, schimpfenden  
Menge begleitet und beschimpft wurde; auch einige Journalisten er-  
hielt er. Ein ihn begleitender liberaler Journalist erhielt Stockschläge über  
den Kopf, so daß Blut herabrann. Die Polizei war auffallend  
passiv.

Im Abgeordnetenhaus interpellirten Ruf und Gen. den Minister  
des Innern unter Hinweis auf die gebräulichen Straßenscenen anläßlich  
der Bürgermeisterwahl, wie die Regierung die Nichtzustimmung der  
Sicherungsorgane, zur Vermeidung von Anspannungen nicht rechtzei-  
tig Vorkehrungen getroffen zu haben, rechtfertigt, und welche Maßregeln  
zur Verhütung der Wiederkehr derartiger höchst bedenklicher Aus-  
schreitungen die Regierung zu ergreifen gedenke.

Der Ministerrath beschäftigte sich ebenfalls mit diesen Vorgängen  
und beschloß, wie das offizielle „Fremdenblatt“ mittheilt, die Auf-  
lösung des Gemeinderaths, nachdem die Regierung in den  
letzten Tagen unablässig bemüht gewesen war, ein positives  
Ergebnis der Bürgermeisterwahl sicher zu stellen. Mehrfache  
Conferenzen mit den Führern der liberalen Gemeinderathspartei  
führten indessen zu keinem Resultat, da sie sich nicht verpflichten wol-  
ten, für irgend einen liberalen Candidaten zu stimmen. Die Unter-  
handlungen wurden geführt mit den Ministern Marquis de Vauchem,  
Dr. v. Plener und dem Statthalter. Die Regierung überließ die Nomini-  
rung des Candidaten vollständig dem freien Ermessen der Fortschritt-  
partei. Nachdem auch die gestrigen Conferenzen ohne Ergebnis verlaufen  
waren, sah sich die Regierung zur Auflösung gezwungen, umformte,  
als sie nach ihrer Kenntniß der Sachlage zu der Ueberzeugung gelangt  
war, daß die von Dr. Ueuger für morgen angeordnete Bürgermeister-  
wahl daselbe Resultat haben werde, wie die gestrigen Wahlgänge.

In Ausführung des Beschlusses des Ministerraths verfügte dann  
der niederösterreichische Statthalter die Auflösung des Gemeinderaths  
der Stadt Wien. Hiermit erlischt gleichzeitig das Amt des gegen-  
wärtigen Bürgermeister und das des Stadtraths. Zur Durch-  
führung der Neuwahlen, sowie zur einstweiligen Besorgung der Ge-  
meindeschäfte wurde der Bezirkshauptmann Dr. Triebel bestellt.  
Demselben stehen alle jene Befugnisse zu, welche nach den Gemeinde-  
statuten dem Stadtrath und dem Bürgermeister zukommen. Dem  
Commissar wird ein Beirath zur Seite gestellt, den er vor seiner  
Entscheidung über alle statutenmäßig der Beschlußfassung des Gemein-  
derraths vorbehaltenen, sowie über die wichtigeren Angelegenheiten zu  
hören hat. In den Beirath wurden 15 Gemeinderaths-Mitglieder  
aus beiden Parteien berufen. Der genannte Commissar übernimmt  
die Geschäftsführung vom 31. Mai ab. — In dem Beirath, den der  
kaiserliche Commissar erhalten hat, befindet sich Dr. Ueuger nicht.  
Ueber den Zeitpunkt der Neuwahlen verläutet noch nichts Bestimmtes.

**Frankreich.** 30. Mai. [Deputirtenkammer.] Ministerpräsident  
Ribot brachte eine Vorlage ein betreffend die Bewilligung eines  
Credites von 250 000 Francs für die Errichtung eines Denk-  
mals für die während des Krieges 1870/71 Gefallenen. Ribot  
beantragte für diese Vorlage die Dringlichkeit und die Verweisung an  
die Budgetcommission, was die Kammer genehmigte. Gebiet brachte  
eine Interpellation über den Brief des Erzbischofs von  
Cambrai an den Cultusminister bezüglich der Anfallsteuer ein. Die  
dem Cultusminister Poincaré beantragte Verlegung der Verhandlung  
dieser Interpellation bis nach der Beratung über die betrübliche  
Steuerreform wurde mit 268 gegen 235 Stimmen genehmigt. Auf  
den Antrag des Deputirten Rouanet (Socialist) bewilligte die Kammer  
einen Credit von 5000 Francs zur Errichtung eines Denkmals auf  
dem Grabe des jüngst verstorbenen Mitglieds der Regierung